

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 14. Juli 2016

Antrags-Nr. 16-F-24-0003

**Brennstoffzellentechnologie im Öffentlichen Personennahverkehr
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 23.06.2016 -**

Die Reduzierung des Schadstoffausstoßes der Omnibusse im Öffentlichen Personen-nahverkehr stellt einen wesentlichen Beitrag zur Luftreinhaltung in unseren Städten dar. Die Abgasreinigung stößt jedoch bei dieselbetriebenen Bussen mit der Abgasnorm EURO VI an die Grenzen des Machbaren dieser Technik. Die Verkehrsunternehmen der Städte Wiesbaden, Frankfurt und Mainz untersuchen im Vorhaben H2-Bus Rhein-Main gemeinsam in Machbarkeitsstudien emissionsfreie Alternativen zu dieselbetriebenen Fahrzeugen.

Hierbei räumen die meisten ÖPNV-Unternehmen der Wasserstoff-Brennstoffzellen-technologie Vorrang ein, da ein erster Betrieb mit emissionsfreien Bussen vergleichsweise kurzfristig erfolgversprechend umgesetzt werden kann und auf eine teure Ladeinfrastruktur wie bei reinen Elektrobussen verzichtet werden kann. Mittelfristig soll durch den weiteren Ausbau von bestehenden oder zu entwickelnden Stadt-/Straßenbahnen und/oder den Einsatz von Trolley-/Oberleitungsbussen eine emissionsfreie Zukunft in den Städten erreicht werden.

Konkret bemühen sich die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH, Wiesbaden, die Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH, Mainz, und die TraffiQ, Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, mit einem Förderantrag um Zuwendungsmittel für Brennstoffzellenbusse durch die Europäische Union, die Bundesrepublik Deutschland und die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

auf die Landesregierung einzuwirken, das Vorhaben H2-Bus Rhein-Main mit Landesförderung zu unterstützen, damit auch in Wiesbaden durch das kommunale Unternehmen ESWE Verkehr Brennstoffzellenbusse getestet werden können.

Beschluss Nr. 0188

Der Antrag wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2016

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .07.2016

Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Goßmann
Bürgermeister